



BAYERISCHER LANDKREISTAG

An die bayerische Presse

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Pressemitteilung
18. November 2010

Bund und Landkreise kämpfen gemeinsam für regionale Wirtschaft

Aktuelle auf den Nägeln brennende Fragen insbesondere zur regionalen Wirtschaftspolitik standen ganz oben bei dem jüngst stattgefundenen Treffen in Berlin des Vorsitzenden des Bundestags-Unterausschusses „Regionale Wirtschaftspolitik“ Ernst Hinsken, MdB, mit dem Präsidenten des Bayerischen Landkreistages, Landrat Dr. Jakob Kreidl.

Kreidl betonte dabei, dass ihm als neuen bayerischen Landkreistagspräsidenten insbesondere auch die strukturschwachen Gebiete mit den überproportional starken Abwanderungen besonders am Herzen liegen, denen begegnet werden muss. Schließlich befinden sich über 40% des Freistaats von Passau entlang des ganzen Grenzstreifens bis Hof in der Förderkulisse der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Hinsken verwies seinerseits darauf, dass momentan hinter den Kulissen intensive Verhandlungen über die Neugestaltung der EU-Förderperiode ab 2014 geführt werden. Darüber habe er u.a. auch bei seinen Antrittsbesuchen in Brüssel mit dem EU-Kommissar für Regionalpolitik, Johannes Hahn und in München mit Staatsminister Zeil gesprochen, denn es gilt, „bereits jetzt Weichenstellungen vorzunehmen, damit die Förderkulisse möglichst unverändert bleibt und eventuell Verluste der Fördermittel für die einzelnen Mitgliedstaaten gering und ausgeglichen gestaltet werden.“

Die EU-Kohäsionspolitik mit rund 347 Mrd. Euro ist der zweitgrößte Posten im EU-Haushalt. Eine unveränderte Fortschreibung der bis 2013 geltenden Regeln ab 2014 bedeutet für Deutschland und einige andere EU-Mitgliedstaaten den Wegfall erheblicher Strukturfondsmittel, weil alle derzeitigen deutschen Konvergenz-Regionen dann nicht mehr die Förderbedingungen erfüllen würden, da in den deutschen Fördergebieten das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf über der Marke von 75% des EU-Durchschnitts liegt. Zudem mehren sich auf europäischer Ebene die Stimmen, die eine Förderung der wohlhabenderen Regionen im Ziel-2-Fördergebiet einstellen wollen. Dem will Hinsken nachhaltig entgegensteuern. Von Kreidl bekam er die Zusage der tatkräftigen Unterstützung, weil es auch für ihn nicht hinnehmbar ist, wenn die strukturschwachen Regionen in Bayern mit ihren vielfachen Problemen weiter benachteiligt werden.

Deutschland ist mit einem Anteil von knapp 20% größter Nettozahler für den EU Haushalt und erhalte in der laufenden Periode mit 26,3 Mrd. Euro die fünftgrößte Summe. Der Ausschussvorsitzende plädierte zudem für eine Beibehaltung der Ziel-2-Förderung. Kreidl und Hinsken waren sich einig, dass sich sowohl die EU als auch die Bundesregierung verstärkt mit den Problemen des ländlichen Raumes, insbesondere der Landflucht, dem demographischen Wandel, dem Ärztemangel und fehlender Infrastruktur usw. befassen müsse und sich bei der Förderung nicht so stark auf die sog. Metropolregionen beschränken dürfe, sondern den gesamten Raum im Auge zu behalten hat. „Die Menschen in der Fläche haben genauso Anrecht auf gleichwertige Lebensbedingungen wie die in den Ballungsräumen“, waren sich beide einig.

Ein weiterer Schwerpunkt des intensiven Meinungsaustauschs war auch die Finanzausstattung der Kommunen. Übereinstimmung bestand darin, dass das bestehende System keine solide Planungsgrundlage für die Städte, Gemeinden und Landkreise darstellt. Beide Politiker unterstützen deshalb die Gemeindefinanzkommission unter dem Vorsitz von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble unter federführender Mitwirkung des Bayerischen Finanzministers Georg Fahrenschoen, die Lösungsvorschläge zu den drängenden Problemen des kommunalen Finanzsystems zu erarbeiten und zu bewerten. Sie wollen sich auch nachhaltig einbringen.

